

„Der Welt-Spiegel“ u. „Handels-Zeitung“ erscheinen wöchentlich...



Bezug u. Anzeigenpreis: Durch die Post bezogen werden...

Der Welt-Spiegel und Handels-Zeitung

Nr. 14 40. Jahrgang

Sonntag 8. Januar 1911

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 3.

Politische Wochenschau.

Von Paul Michaelis.

Das neue Jahr hat unter friedlichen Vorzeichen begonnen. Aber an allerlei Anzeichen dafür, daß die rivalisierenden Großmächte noch keineswegs als abgetan betrachtet werden können...

sich auf Tod und Leben mit Rom verbünden sollte. Die Behandlung, die der Papst Pius X. dem Prinzen Max von Sachsen wegen seines Verwehrens, den Orient und Ägypten wieder zusammenzuführen, angedeihen ließ, hat in protestantischen Kreisen sehr unangenehm berühren müssen.

Noch peinlicher mußte die neueste, an die Bischöfe des Orients gerichtete Enchiridion des Papstes empfunden werden. Da sie mit den härtesten Ausdrücken gegen den heiligen Bringen um sich war, ihm „fremde Entstellung der Tatsachen“, „Hoffahrt“ und „berberliche Ehrsucht“ vorwarf und ihn vor aller Welt beschuldigte...

Die Weltmännliche Regierung, mag sie auch die Fiktion aufrechterhalten, über den Vorkriegsstand zu stehen, arbeitet in der gleichen Richtung. Nur ja nicht dem Zentrum wehe tun, das ist ihre unausgesprochene Richtschnur. Aus diesem Grunde hat man bisher auf die Anwendung des Enteignungsgesetzes für die Dinarer verzichtet und wird auch künftig darauf verzichten. Denn die Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, daß die Regierung keine allgemeine Enteignung treffen wolle, durch die ein von ihr selbst herbeigeführtes Gesetz annulliert würde, besagt gar nichts.

Aus Nachgiebigkeit gegen das Zentrum soll auch das Arbeitsamergesetz auf die lange Bank geschoben werden. Die Regierung will selbst die Arbeitervereine nicht in den Arbeitsamern haben, um es nicht mit der schweren Anklage zu versehen, daß das Zentrum zum Aufrechterhalten der Arbeitervereine, die seine besten Offiziere im Wahlsympel sind, nicht verzichten, wenigstens nicht vor den Wahlen. So schiebt man die Vorlage auf die lange Bank. Ganz ähnlich dürfte es auch mit der Reichsversicherungsordnung und mit der Strafprozessordnung gehen. Es liegt ganz so aus, als sollte in diesen Reichstagen überhaupt nichts mehr zustande kommen, weil die Parallele zwischen den verbündeten Regierungen und dem blauschwarzen Block in die Brüche gehen müßte, wenn man ernstlich einen Versuch der Reform auf diesen Gebieten machen wollte.

Je deutlicher es wird, daß die letzte Session des Reichstags ergebnislos bleiben wird, um so bestimmter richten sich die Blätter auf die Formenden in Waflen, die vielleicht früher kräftiger werden, als bisher von offizieller Seite zugegeben worden ist. Für die liberalen Wähler kann es deshalb auch nur gelten, die Wähler innerhalb wie außerhalb des Reichstags auf die Bedeutung der Wahlen hinzuwirken und alle Vorbereitungen zu treffen, um diesen Kampf mit Ehren zu bestehen. Auch die Interpellation über die Befestigung der Reichsgrenzen, mit der am nächsten Dienstag der Reichstag seine Beratungen wieder aufnehmen wird, hat nicht die geringste Aussicht, zu einer Aufhebung der Zündholzsteuer zu führen. Die verbündeten Regierungen wissen nur zu gut, daß der ganze Bau der blauschwarzen Finanzreform zusammenfallen würde, wenn aus ihm auch nur ein Stein herausgelöst werden, wie das heutige System ist. Dann wird sich auch im Volk immer härter der politische Wille durchsetzen, dieses System zu befechtigen.

Die Thronrede zur Eröffnung des Landtages am kommenden Diensta wird einer Korrekturenabänderung zufolge nicht durch den König, sondern durch den Ministerpräsidenten v. Bethmann-Hollweg verlesen werden.

Die Kabinettsliste in Oesterreich.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Die Auflösung des alten Kabinetts ist jetzt endlich erfolgt. Ministerpräsident Freiherr v. Wienert wird morgen vom Kaiser empfangen werden. Am Montag soll die Ernennung des neuen Kabinetts erfolgen. In letzter Minute vernahmten sich die Deutschen dagegen, daß sie im Ministerium nicht durch einen Parlamentarier vertreten sind und Tschechen und Polen bevorzugt werden. Der Ministerpräsident sicherte den Deutschen zu, daß ein deutscher Groß- und Befehlshaber im Außenministerium erhalten werde. Immerhin werden sich die Deutschen dem neuen Kabinett gegenüber mit einer gewissen Reserve verhalten.

Das Befinden des Kaisers Franz Josef ist, wie uns ein Telegramm unseres Korrespondenten meldet, auch weiter ausgezeichnet. In den Vorkollagen ist bereits der Auftrag erteilt worden, die kaiserliche Equipage für Fahrten in die Hofburg vom Montag an bereit zu halten, damit der Kaiser, sobald guts Bettes eingetreten ist, seine Tätigkeit in der Hofburg wieder aufnehmen kann.

Ein Nachspiel zur Angelegenheit Soghlet.

Ausschluss des Professors Wagner aus dem Verband landwirtschaftlicher Versuchsstationen.

Wir erhalten folgende Mitteilung: In seiner Schrift „Auffassung über die Propagandaorgane der Reichsanstalt“ hat Professor v. Soghlet den Vorstand der landwirtschaftlichen Versuchsstation in Darmstadt, den Geheimen Hofrat Professor Dr. S. Wagner, als den Stifter der Propagandaorgane bezeichnet, weil er im Jahre 1887 die Düngebrantien um Geld zu dem von ihm in einer Rundschreiben abgegebenen Briefe „betitelt“, nämlich um durch Düngungsverbände und belehrte Zweite den Absatz des Kunstdüngers zu fördern und eine wirtschaftliche Erleichterung herbeizuführen. Es wurden ihm auch 33000 Mark bewilligt, wozu die Salpeterministerien 10000, das Reichsanstalt 8000 Mark beisteuerten, und zwar unter der Bedingung, daß eine Kommission aus der Mitte der Mitglieder der Versuchsstation, die die Mittel der Düngebrantien zu verwenden, bezüglich der Maßnahme zur Förderung des Verbands von Düngebrantien beratend zur Seite stehen sollte. Professor v. Soghlet kritisierte dieses Abhängigkeitsverhältnis eines Förderers von Düngebrantien sehr scharf und abfällig. Wagner wandte sich darauf an den Verband der landwirtschaftlichen Versuchsstationen in Deutschland mit dem Ersuchen, die Angelegenheit in einer ihm befriedigenden und das Ansehen des Verbandes schützenden Weise zu ordnen. Er bezeichnete die gegen ihn erhobenen Vorwürfe als „Belugungen schwerer und ungläubiger Art“. Der Verband trat ihm auf die Angelegenheit durch eine Disziplinarratskommission zu. In dieser wurde er bei seiner vorgelegten Behauptung gegen sich beantragt. Wagner lehnte dies ab und erklärte seinen Austritt.

Soghlet erhob dann gegen Wagner zwei neue Anklagen: er habe unter Mitwirkung der Thomasspohlsfabriken Berlin O. m. b. H. seinen Kollegen eine „Verleumdung“ zur Unterbrechung gelangt, ihnen damit eine Falle gestellt und dabei nicht als redlicher Mann gehandelt, nicht die Wahrheit gelehrt und weiterhin von ihm veröffentlichte Tabellen gefälscht. Wagner mußte die Tatsachen selbst zugeben, wenigstens er sie als ziemlich harmlos hinzustellen versucht. Der Verband der landwirtschaftlichen Versuchsstationen in Deutschland hat sich mit Wagners Austrittsentscheidung die Angelegenheit nicht als erledigt betrachtet, sondern in seiner letzten, Sonntag, in Berlin abgehaltenen außerordentlichen Hauptversammlung folgenden Beschluß gefaßt:

Die direkten und indirekten Anklagen, die v. Soghlet in seiner „Auffassung“ und in späteren Schriften gegen Wagner erhebt, gehören nach Ansicht des Verbandes landwirtschaftlicher Versuchsstationen zu den schwersten, die einem landwirtschaftlichen Arbeiter beziehungsweise einem Versuchsstationsvorstande gemacht werden können. Auch Wagner selbst erhebt als „ungeheuerliche Belugungen“ an zum größten Bedauern der Verbandsmitglieder bei Wagner wieder durch eine Verleumdung gegen v. Soghlet, noch durch ein gegen ihn bei seiner vorgelegten Staatsbehörde zu beantragendes Disziplinarverfahren, noch auf einem anderen Wege versucht, den Verhandlungen v. Soghlets entgegenzutreten, wie es der Schwere erfordert. Die Aufforderung des Verbandsvorstandes, durch ein von Wagner zu beantragendes Disziplinarverfahren die unbedingt nötige Klärung zu schaffen, hat Wagner mit seinem Austritt aus dem Verbande beantwortet.

Der Verband landwirtschaftlicher Versuchsstationen im Deutschen Reich ist weder beunruhigt noch imstande, zu unterlassen, ob und inwieweit die Soghlet'schen Behauptungen in der „Auffassung“ zu widerlegen sind, es aber im Interesse des Ansehens der in ihm vereinigten landwirtschaftlichen Versuchsstationen für seine Pflicht, öffentlich zu erklären, daß es für ihn immer schwerere Beweismittel eines Verleumdungsversuchs ab, als die gegen Wagner erhobenen. Die von v. Soghlet angebotenen und von Wagner zugehenden unredlichen Verhandlungen von Tatsachenmaterial veranlassen den Verband für sich und die ihm angehörigen Anklagen jede Gemeinschaft mit Soghlet zu sagen und ihn demgemäß aus dem Verband auch noch nachträglich auszuscheiden.

Der Ausschluß Wagners aus dem Kreise seiner Kollegen ist um so auffälliger, als die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft erst kürzlich bei ihrer Jubelfeier ihn durch eine fiberrne Rede als ausgezeichnete, die wirtschaftliche Gesellschaft in Darmstadt im erst im August d. J. zu ihrem Ehrenfeste ernannt, und